



## **Zukunftsradar Digitale Kommune – Ergebnisbericht 2024**

Der Zukunftsradar Digitale Kommune wird regelmäßig in einer Kooperation des Instituts für Innovation und Technik (iit) und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) erstellt. Bundesweit beteiligten sich diesmal mehr als 1.000 Städte und Gemeinden. Damit verzeichnet die aktuelle Ausgabe eine Rekordbeteiligung. In Sachsen-Anhalt nahmen 13 Prozent der Städte und Gemeinden teil.

Deutlich wurde vor allem, dass die Digitalisierung im öffentlichen Sektor zwar Fortschritte macht, aber weiterhin viel zu tun ist. Bundesweit bewerteten 24 Prozent der Städte und Gemeinden ihren digitalen Status als gut bis sehr gut, 52 Prozent als ausreichend und 23 Prozent als schlecht bis sehr schlecht. Insoweit ist auffällig, dass 43 Prozent der teilnehmenden Städte und Gemeinden aus Sachsen-Anhalt ihren Stand als „schlecht“ einstufen – deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig zeigt sich jedoch ein überraschend optimistisches Bild hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung: 74 Prozent von den teilnehmenden Städten und Gemeinden aus Sachsen-Anhalt bejahten die Frage, ob ihre Stadt oder Gemeinde gut vorbereitet ist, um die Digitalisierung in den kommenden Jahren voranzutreiben. Im bundesweiten Durchschnitt waren es 58 Prozent.

### Im Einzelnen:

#### **Cyber-Angriffe auf Städte und Gemeinden**

26 Prozent der Städte und Gemeinden war in den letzten zwei Jahren Ziel von Cyber-Angriffen. Die Bedrohung wird von 57 Prozent der Städte und Gemeinden als hoch bis sehr hoch eingeschätzt, wobei nur 48 Prozent sich gut vorbereitet fühlen.

- Mit 43 Prozent lag der Wert der Betroffenheit bei Städten und Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern sogar noch deutlich über dem Gesamtdurchschnitt.
- Nur 35 Prozent der Städte und Gemeinden verfügen trotz dem Bewusstsein für die Bedrohungslage über ein aktuelles IT-Sicherheitskonzept; 36 Prozent erarbeiten gerade ein solches.

#### **Bedarf an zentraler IT-Infrastruktur**

Die Mehrheit der Städte und Gemeinden befürwortet eine zentral bereitgestellte IT-Infrastruktur mit einheitlichen Schnittstellen.

- 94 Prozent der Städte und Gemeinden unterstützen eine verbindliche, föderale IT-Infrastruktur.
- 92 Prozent wünschen sich eine zentrale Bereitstellung digitaler Infrastruktur für Verwaltungsdienstleistungen.

#### **Finanzierungsbedarf für Digitalisierung**

Die Städte und Gemeinden sehen einen hohen Finanzierungsbedarf für die Digitalisierung, jedoch planen nur 21 Prozent, ihre Haushaltsmittel aufzustocken. Dies zeigt einen akuten Handlungsbedarf in der finanziellen Ausstattung.

- 81 Prozent der Städte und Gemeinden schätzen den Finanzierungsbedarf für Digitalisierung als hoch bis sehr hoch ein.
- 46 Prozent sehen akuten Handlungsbedarf bei der finanziellen Ausstattung.

## **Umsetzung der Digitalisierung in den Städten und Gemeinden: Instrumente und Steuerung**

Vernetzung ist aus Sicht der Städte und Gemeinden weiterhin ein sehr sinnvolles Instrument, um die Digitalisierung voranzutreiben (76 Prozent). Als weitere Instrumente, um die Digitalisierung effektiv voranzutreiben, werden erachtet:

- zusätzliche Finanzmittel (67 Prozent)
- Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen (58 Prozent)
- Projektförderung (41 Prozent)
- Externe Beratung (41 Prozent)

## **Mangel an Digitalisierungsstrategien**

Fast die Hälfte der Städte und Gemeinden hat noch keine Digitalisierungsstrategie oder einen Digitalisierungsbeauftragten.

- 49 Prozent der Städte und Gemeinden haben keine Digitalisierungsstrategie entwickelt.
- Nur 20 Prozent verfügen über ein entsprechendes Strategiepapier.
- 57 Prozent der Städte und Gemeinden haben keinen Digitalisierungsbeauftragten oder Chief Digital Officer.

Von den teilnehmenden Städten und Gemeinden aus Sachsen-Anhalt gaben 57 Prozent an, über keine Digitalisierungsstrategie zu verfügen. 11 Prozent haben bereits eine entwickelt und 32 Prozent sind zurzeit dabei.

## **Einsatz von Künstlicher Intelligenz**

Obwohl 77 Prozent der Städte und Gemeinden den Einsatz von KI und automatisierten Systemen für sinnvoll halten, nutzen nur 13 Prozent entsprechende Tools. Datenschutz und rechtliche Fragen stellen die größten Hemmnisse dar.

- 77 Prozent der Städte und Gemeinden halten den Einsatz von KI für sinnvoll.
- Nur 13 Prozent setzen bereits KI-Tools oder automatisierte Systeme ein.
- 69 Prozent sehen offene rechtliche Fragen als Hemmnis.
- 71 Prozent nennen Datenschutz als größtes Hindernis.

## **Weitere Informationen:**

Die Ergebnisse des Zukunftsraders Digitale Kommune 2024 können aus dem Internetangebot des DStGB (Rubrik Themen | Digitalisierung) abgerufen werden unter

<https://www.dstgb.de/themen/digitalisierung/aktuelles/zukunftsradar-2024-gemeinsamer-digitaler-sicherer/zukunftsradar-digitale-kommune-2024-iit-dstgb-web.pdf?cid=1bh4>

*ot-ru*